

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB)

**Für Geschäftsbeziehungen zwischen
MELAG Medizintechnik GmbH & Co. KG
und unseren Geschäftspartnern und Lieferanten**

§ 1 Allgemeines, Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten (nachfolgend: „Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen, für Software und sonstige Leistungen, wie etwa Konstruktionszeichnungen u.ä. (im Folgenden auch: Ware), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 651 BGB). Die AEB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über den Verkauf und die Lieferung beweglicher Sachen mit demselben Verkäufer, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.

(4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Verkäufer uns gegenüber abgegeben sind (z.B. Fristsetzungen, Mahnungen, Erklärung von Rücktritt), bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 30 Tagen schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

§ 3 Lieferzeit und Lieferverzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie vier Wochen ab Vertragsabschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten — aus welchen Gründen auch immer — voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte — insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz — nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir — neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen — pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1% des Nettopreises pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung

(1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, es sei denn, es handelt sich um eine Einzelanfertigung.

(2) Die Lieferung erfolgt „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Berlin zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer, MELAG-Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten.

§ 5 Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Annahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(2) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 6 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich ausschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Der Anspruch des Verkäufers auf Zahlung von Verzugszinsen bleibt unberührt. Für den Eintritt unseres Verzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Verkäufer erforderlich.
- (5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen

§ 7 Geheimhaltung, Eigentumsvorbehalt

- (1) An von uns erbrachten Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (2) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind — solange sie nicht verarbeitet werden — auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in üblichem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (3) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Sachen Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwerben wir an der neuen Sache Miteigentum im Verhältnis des Wertes unserer beigestellten Sache zu den anderen Sachen.
- (4) Die Übereignung der Ware auf uns erfolgt unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises. Ausgeschlossen sind jedenfalls alle Formen des erweiterten oder verlängerten Eigentumsvorbehalts, so dass ein vom Verkäufer ggf. wirksam erklärter Eigentumsvorbehalt nur bis zur Bezahlung der an uns gelieferten Ware und für diese gilt.

§ 8 Sicherheit und Umweltschutz

(1) Lieferungen und Leistungen müssen den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere den Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen entsprechen. Dies gilt einschließlich der nachfolgend genannten Verordnungen, Richtlinien und deren deutschen Umsetzung:

- a. Richtlinie 2011/65/EU (RoHS 2)
- b. Richtlinie WEEE 2012/19/EU
- c. Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (REACH)
- d. POP-Verordnung ((EG) Nr. 850/2004)

Die genannten Verordnungen und Richtlinien sind unabhängige Rechtsvorschriften, welche parallel in der EU zu beachten sind. Es gilt jeweils die strengere Regelung.

Weiterhin ist den Sicherheitsempfehlungen der zuständigen deutschen Fachgremien oder Fachverbände, z.B. VDE, VDI, DIN, entsprechen. Einschlägige Bescheinigungen, Prüfzeugnisse und Nachweise sind kostenlos nach Aufforderung mitzuliefern.

(2) Der Verkäufer ist verpflichtet, den aktuellen Stand der für seine Ware zutreffenden Richtlinien und Gesetze hinsichtlich von Stoffbeschränkungen zu ermitteln und einzuhalten. Er ist verpflichtet, verbotene Stoffe nicht einzusetzen. Vermeidungs- und Gefahrstoffe laut den geltenden Gesetzen und Richtlinien sind auf den Spezifikationen anzugeben. Falls zutreffend sind die Sicherheitsdatenblätter bereits mit den Angeboten und bei der jeweiligen Erstbelieferung mit dem Lieferschein (mindestens in Deutsch oder Englisch) abzugeben. Hinweise über Überschreitungen von Stoffeinschränkungen und Lieferung von Verbotstoffen sind umgehend mitzuteilen.

(3) Bei Lieferungen und beim Erbringen von Leistungen ist der Verkäufer allein für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich. Danach erforderliche Schutzvorrichtungen sowie etwaige Anweisungen des Herstellers sind kostenlos mitzuliefern.

§ 9 Import- und Exportregelungen, Zoll

(1) Bei Lieferungen und Leistungen, die aus einem der EU angehörenden Land außerhalb Deutschlands erfolgen, hat der Verkäufer seine EU-Umsatzsteuer-Identifikations-Nr. anzugeben.

(2) Importierte Waren sind verzollt zu liefern. Der Verkäufer ist verpflichtet, im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1207 / 2001 auf seine Kosten geforderte Erklärungen und Auskünfte zu erteilen, Überprüfungen durch die Zollbehörde zuzulassen und erforderliche amtliche Bestätigungen beizubringen.

(3) Der Verkäufer ist verpflichtet, uns über etwaige Genehmigungspflichten bei (Re-) Exporten gemäß deutschen, europäischen, US- oder sonstigen Ausfuhr- und Zollbestimmungen sowie Ausfuhr- und Zollbestimmungen des Ursprungslands der Güter ausführlich und schriftlich zu unterrichten.

§ 10 Mangelhafte Lieferung

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit

(3) gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die — insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung — Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.

(4) Abweichend von § 442 Abs 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

(5) Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere

(6) sowie bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 14 Arbeitstagen beim Verkäufer eingeht.

(7) Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Verkäufer aufgewendeten Kosten trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung — nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) — innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; der Verkäufer ist unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, zu unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

(10) Erbringt der Verkäufer im Wesentlichen gleiche oder gleichartige Lieferungen oder Leistungen nach schriftlicher Abmahnung erneut mangelhaft oder verspätet, so sind wir zum sofortigen Rücktritt berechtigt. Unser Rücktrittsrecht umfasst in diesem Fall auch solche Lieferungen und Leistungen, die aus diesem oder einem anderen Vertragsverhältnis zukünftig noch an uns zu erbringen verpflichtet sind

§ 11 Lieferantenregress

(1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 478, 479 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

(2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 478 Abs 3, 439 Abs 2 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

(3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die Ware vor ihrer Veräußerung an einen Verbraucher durch uns oder einen unserer Abnehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 12 Produzentenhaftung

(1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 1 Mio EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

§ 13 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs 1 Nr 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs 1 Nr 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjäh-

rung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 14 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss aller internationalen und supranationalen (Vertrags-) Rechtsordnungen, insbesondere des UN-Kaufrechts. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lageort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.

(2) Ist der Verkäufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Berlin. Wir sind jedoch auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung zu erheben.

* * *

General Conditions of Purchase (GCP)

**For business relationships between MELAG
Medizintechnik GmbH & Co. KG
and our business partners and suppliers**

1 General, Scope

(1) These General Conditions of Purchase (GCP) apply to all business relationships with our business partners and suppliers (hereinafter: "Seller"). The GCP only apply if the Seller businessperson (§ 14 BGB, German Civil Code), is a corporate body under public law or a special fund under public law.

(2) The GCP apply in particular to contracts for the sale and/or the supply of goods, to software and other services, such as design drawings or similar (in the following also: Goods), without consideration of whether the Seller produces the Goods themselves or purchases them from suppliers (§§ 433, 651 BGB). The GCP also apply as a framework agreement to future contracts for the sale and supply of Goods with the same Seller, without us having to refer to them again in every individual case.

(3) These GCP apply exclusively. Deviating, conflicting or additional general terms and conditions of the Seller only become a part of the Contract if and insofar as we have expressly agreed to their validity in writing. This consent requirement applies in every case, for example, even if, being aware of the Seller's general terms and conditions of business, we accept their deliveries without reservation.

(4) Individual agreements with the Seller made in an individual case (including subsidiary agreements, additions and changes) always take precedence over these GCP. A written contract or our written confirmation is authoritative for the content of such agreements.

(5) Legally relevant declarations and notifications to be submitted to us by the Seller after the Contract has been signed (e.g. setting of deadlines, reminders, statement of withdrawal) shall be made in writing to be effective.

(6) References to the application of legal regulations have clarifying significance only. Even without such clarification, the legal regulations therefore apply insofar as they are not directly amended or expressly excluded in these GCP.

2 Conclusion of the Contract

(1) Our purchase order is deemed binding with its written submission or confirmation at the earliest. The Seller shall point out to us obvious errors (e.g. spelling and calculation errors) and incompleteness of the purchase order, including the order documents, for the purpose of correction or completion before acceptance; otherwise the contract is deemed to be not concluded.

(2) The Seller is required to confirm our purchase order in writing within a period of 30 days or to execute it unreservedly, in particular by sending the Goods (acceptance).

3 Delivery Period and Delayed Delivery

(1) The delivery period stated by us in the purchase order is binding. If the delivery period is not stated in the purchase order and has also not been agreed elsewhere, it is four weeks from the signing of the contract. The Seller is obliged to notify us immediately in writing if they are likely unable to meet the agreed delivery periods — for whatever reason.

(2) If the Seller does not deliver their performance or not within the agreed delivery period or they become delayed, our rights — particularly to withdraw and compensation — are determined by the legal regulations. The provisions in para 3 remain unaffected.

(3) If the Seller is delayed — in addition to further legal claims — we can demand flat rate compensation for our damage/loss caused by the delay equal to 1% of the net price per complete calendar week of the delay, however, not more than 5% in total price of the Goods delivered late. We reserve the right to prove that we have incurred a higher loss. The Seller reserves the right to prove that we have not incurred any loss or a substantially smaller loss.

4 Performance, Delivery

(1) The Seller is not entitled to get third parties (e.g. subcontractors) to deliver the performance for them without our prior written consent. The Seller bears the procurement risk for their goods and services, unless they involve a custom-made item.

(2) The delivery is made “delivered free” to the place given in the purchase order. If the destination is not given and nothing else is agreed, the delivery shall be made to our registered office in Berlin. The respective destination is also the place of performance (obligation to deliver to destination/place of performance).

(3) A delivery note with details of the date (issue and dispatch), contents of the delivery (article number, MELAG article number and quantity) and our order ID (date and number) shall be enclosed with the delivery. If the delivery note is missing or it is incomplete, we are not responsible for any resulting delays in the processing and payment.

5 Transfer of Risk, Default of Acceptance

(1) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the Goods is transferred to us on handover at the place of performance. If acceptance is agreed, it is decisive for the transfer of risk. Furthermore, in the event of an acceptance, the legal regulations of the law applicable to contracts for work and services also apply accordingly. The handover or acceptance is also deemed to have occurred if we are in default of acceptance.

(2) The legal regulations apply to the occurrence of our default of acceptance. The Seller shall, however, also expressly offer us their performance if a specific or determinable calendar time is agreed for an action or participation by us (e.g. provision of material). If we are in default of acceptance, the Seller can demand reimbursement of their additional expenditures according to the legal regulations (§ 304 BGB). If the contract concerns a unique, irreplaceable item (custom-made production), the Seller is only entitled to further rights if we have undertaken to participate and are responsible for the lack of participation.

6 Prices and Payment Terms

- (1) The price given in the purchase order is binding. All prices are net, i.e. excluding VAT if it is not shown separately.
- (2) Unless agreed otherwise in an individual case, the price includes all the Seller's goods and services and auxiliary services (e.g. assembly, installation) and all incidental costs (e.g. proper packaging, transport costs including possible transport and third party liability insurance). The Seller shall take back packaging material at our request.
- (3) The agreed price is due for payment within 30 calendar days of complete delivery and performance (including a possibly agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. If we pay within 14 calendar days, the Seller shall grant us 3% discount on the net amount of the invoice.
- (4) We do not owe any due date interest. The Seller's entitlement to payment of default interest remains unaffected. The legal regulations apply to the occurrence of our arrears. However, the Seller is required to issue a reminder in every case.
- (5) We are entitled to rights to offset and to withhold sums and the defence of non-performance of the contract to the extent provided by law. In particular, we are entitled to withhold due payments for as long as we are still entitled to claims against the Seller due to incomplete or defective goods and services.
- (6) The Seller only has a right to offset or withhold payment due to counterclaims that have been determined without further legal recourse or that are undisputed

7 Confidentiality, Retention of Title

- (1) We retain proprietary rights and copyrights to illustrations, plans, drawings, calculations, execution instructions, product descriptions and other documents produced by us. Such documents shall be used solely for the contractual performance. The documents shall be kept secret from third parties, even after the contract has ended. The duty to maintain secrecy does not expire until, if and insofar as the knowledge contained in the assigned documents has become common knowledge.
- (2) The above provision applies accordingly to materials (e.g. software, finished and semi-finished products) and to tools, templates, samples and other items that we provide the Seller with for the production. Such items — as long as they are not processed — shall be kept safe separately at the cost of the Seller and insured against irreparable damage and loss to the usual extent.
- (3) Processing, mixing or combining of items provided by the Seller is undertaken on our behalf. In case of processing, mixing or combination with the items of third parties, the third party's right of ownership continues to exist, we acquire co-ownership of the new item proportional to the value of our item provided compared to the other items.
- (4) The goods are assigned to us unconditionally and without consideration of payment of the price. All forms of expanded (overall) or extended retention of title are excluded, so that a retention of title possibly validly declared by the Seller only applies up to payment by us for the delivered goods and to these.

8 Safety and Environmental Protection

(1) Deliveries, goods and services must comply with the statutory provisions, in particular the safety and environmental protection regulations. This includes the following regulations, directives and their German implementation:

- a. Directive 2011/65/EU (RoHS 2)
- b. Directive WEEE 2012/19/EU
- c. Regulation (EC) No 1907/2006 (REACH)
- d. POP Regulation ((EC) No 850/2004)

The above regulations and directives are independent pieces of legislation that must be complied with in parallel in the EU. The stricter regulation applies.

In addition, the safety recommendations of the relevant German trade associations, e.g. VDE, VDI, DIN, must be observed. Relevant certificates, test reports and evidence shall be provided free of charge on request.

(2) The Seller is obliged to determine and comply with the current status of the directives and laws applicable to their goods with regard to substance restrictions. They are obliged not to use banned substances. Substances to be avoided and hazardous substances according to the relevant laws and directives shall be named in the specifications. If applicable, the safety data sheets shall be submitted with the quotations/tenders and with the respective first delivery, together with the delivery note (at least in German or English). We shall be notified immediately of any indications of exceedances of substance restrictions and the delivery of banned substances.

(3) The Seller is solely responsible for compliance with the accident prevention regulations for deliveries and for the provision of services. Any required protective devices required under these regulations and any instructions of the manufacturer shall be delivered free of charge.

9 Import and Export Arrangements, Customs

(1) The Seller shall state their VAT ID number for deliveries and services made from an EU country outside of Germany.

(2) Imported goods shall be delivered duty paid. Within the scope of Regulation (EC) No. 1207 / 2001, the Seller shall issue required declarations and information at their own cost, allow checks by the customs authorities and provide all required official confirmations.

(3) The Seller is obliged to inform us in detail and in writing of any licensing requirements for (re-) exports in accordance with German, European, US or other export and customs regulations and export and customs regulations of the goods' country of origin.

10 Defective Delivery

(1) The legal regulations apply to our rights in case of material and legal defects of the goods (including incorrect and short delivery, improper assembly, inadequate assembly operating or user instructions) and in case of other violations of duty by the Seller, unless determined otherwise in the following.

(2) According to the legal regulations, the Seller is liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality on transfer of risk to us. In any event, the product descriptions

(3) — particularly those named or referred to in our purchase order — which are the subject of the respective contract or have been included in the contract in the same way as these GCP are deemed to be an agreement regarding quality. It makes no difference whether the product description comes from us, the Seller or the manufacturer.

(4) Notwithstanding § 442 para 1 sentence 2 BGB, we are also entitled to unlimited defect claims if the defect remained unknown to us on signing the contract as a result of gross negligence.

(5) The legal regulations apply to the commercial obligation to examine and give notice of defects (§§ 377, 381 HGB), with the following proviso: Our obligation to examine is limited to defects that clearly come to light during our incoming goods instruction with external examination including the delivery documents

(6) and during our random quality control (e.g. transport damage, incorrect and short delivery). There is no obligation to examine if an acceptance inspection is agreed. Otherwise, it depends on the extent to which an examination, taking into account the circumstances of the individual case, is feasible in the proper regular course of business. Our obligation to give notice of defects discovered later remains unaffected. In all cases, our complaint (defect notice) is deemed to be immediate and in good time if it is received by the Seller within 14 working days.

(7) The Seller bears the costs spent by them for the purpose of testing and subsequent improvement even if it emerges that no defect actually existed. Our liability to pay compensation in case of unjustified demands for defect correction remain unaffected; insofar, however, we are only liable if we have recognised or have not recognised, due to gross negligence, that no defect existed.

(8) If the Seller fails to meet their supplementary performance obligation — by removing the defect (subsequent improvement) or by delivery of a defects-free item (substitute delivery), as chosen by us — within a reasonable period set by us, we can correct the defect ourselves and demand remuneration of the required expenditures or an appropriate advance payment. It is not necessary to set a deadline if the supplementary performance by the Seller has failed or is unreasonable for us (e.g. due to particular urgency, risk to operating safety or pending occurrence of disproportionate damage); the Seller shall be informed immediately, where possible beforehand.

(9) Otherwise, in case of a material or legal defect, according to the legal regulations we are entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract. In addition, according to the legal regulations, we have a right to compensation and reimbursement of expenses.

(10) If the Seller provides essentially the same or similar deliveries or services with renewed defects or late after receiving a written warning, we are entitled to withdraw from the contract immediately. In this case, our right to withdraw also includes deliveries, goods and services that the Seller is obliged to provide to us in the future under this or another contractual relationship

11 Supplier Recourse

(1) We are entitled to our legally determined claims to recourse within a supply chain (Supplier recourse in accordance with §§ 478, 479 BGB) without limitation in addition to the defect claims. In particular, we are entitled to demand precisely the type of supplementary performance (subsequent improvement or substitute delivery) from the Seller, which we owe our purchaser in an individual case. Our legal right of choice (§ 439 para 1 BGB) is not limited by this.

(2) Before we recognise or fulfil a defect claim made by our purchaser (including reimbursement of expenses in accordance with §§ 478 para 3, 439 para 2 BGB), we will notify the Seller with a brief description of the facts and ask them for a written statement. If this statement is not provided within a reasonable period and a mutually agreed solution is not brought about, the defect claim actually granted by us is deemed due to our purchaser; in this case the Seller is obliged to provide evidence to the contrary.

(3) Our claims arising out of Supplier recourse also apply if, before their sale to a consumer by us or one of our purchasers, the goods have been further processed, e.g. by installation in another product.

12 Producer Liability

(1) If the Seller is responsible for product damage, they shall exempt us from third party claims insofar as the cause lies within their control and organisational area and they themselves are liable in the external relationship.

(2) Within the scope of their indemnity obligation, the Seller shall reimburse expenses in accordance with §§ 683, 670 BGB, which arise out of or in relation to a third party claim including product recalls carried out by us. We will inform the Seller of the content and scope of recall measures – where possible and reasonable – and give them the opportunity to issue a statement. Further legal claims remain unaffected.

(3) The Seller shall take out and maintain product liability insurance with a lump sum cover of at least 1 million EUR per personal injury/material damage.

13 Limitation

(1) The mutual claims of the Parties to the contract expire according to the legal regulations, unless determined otherwise in the following.

(2) Notwithstanding § 438 para 1 No. 3 BGB, the general period of limitation for defect claims is 3 years from the transfer of risk. If an acceptance inspection is agreed, limitation begins with the acceptance. The 3-year period of limitation also applies accordingly to claims for legal defects, whereby the legal period of limitation for third party in rem claims for return (§ 438 para 1 No. 1 BGB) remains unaffected; claims for legal defects also never expire as long as the third party – particularly due to the lack of a limitation period – can still make claims against us.

(3) The limitation periods of commercial law, including the above extension apply – to the legal extent – to all contractual defect claims. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for compensation due to a defect, the regular legal limitation period (§§ 195, 199 BGB) applies, if the application of the limitation periods of commercial law do not lead to a longer limitation period in an individual case.

14 Choice of Law and Legal Venue

(1) The laws of the German Federal Republic apply to these GCP and all legal relationships between us and the Seller, with the exclusion of all international and supranational legal (contract) regulations, in particular, the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG). Requirements and effects of the retention of title are subject to the law in the respective storage location of the goods, insofar as under this law the choice of law made in favour of German law is not permissible or is invalid.

(2) If the Seller is a businessperson as defined in the German Commercial Code, a corporate body under public law or a special fund under public law, the sole – including international – legal venue for all disputes arising out of the contractual relationship is our registered office in Berlin. However, we are also entitled to take legal action in the place of performance of the delivery obligation.

* * *